



Prekariat...

Arbeit für'n Appel und 'n Ei.

Nicole schickt mir eine SMS: „Hast du nicht 20 Euro für die Kleine (gemeint ist Angelina, 1 Jahr alt)... Ich hab keine Pampers mehr. Und zu essen haben wir auch nichts“. Nicole bekommt die 20 Euro. Sie holt Pampers „Baby Dry“ für 7,78 Euro.

Nicole gehört zum Prekariat (von „prekär“ = misslich; Lehnwort aus dem Französischen). Eigentlich hört sich das Wort doch nicht schlecht an. Aber die Menschen, die zu der neuen sozialen Gruppierung „Prekariat“ gehören, sind schlecht dran!



Junge Mutter und alleine – eine prekäre Situation

Das Wort „Prekariat“ meint die Menschen, die zur sozialen Unterschicht gehören.

Nicole ist „unten“. Vielleicht kann die allein erziehende Mutter bald, wenn Angelina einen Platz in der KiTa bekommt, arbeiten. Aber auch dann ist sie nicht „an Schmitz' Backes“ vorbei. Sie bleibt vermutlich Mitglied des Prekariats. Dazu gehören alle ungeschützten Arbeitenden und Arbeitslosen: die neue Klasse der Ausgebeuteten.

Früher gab es in unserem Land eine „Soziale“ Marktwirtschaft: alle wurden beteiligt am Einkommen der Gesamtheit des Volkes. Das ist jetzt anders: der globalisierte „Raubtierkapitalismus“ hat es fertig gebracht, dass nichts mehr sicher ist: nicht Geld, noch Job, noch Leben. Und das gilt nicht nur für die Schulabbrecher und schlecht Ausgebildeten wie Nicole. Es gilt zum Beispiel auch für viele hoch qualifizierte, unterbezahlte Doktoranden ohne Zukunftsaussichten. Es gilt für die Leute, die Deutschlands Zukunft bestimmen könnten, die sich aber mit unbezahlten Praktika und Zeitverträgen begnügen müssen. Sie können auf ihre Visitenkarte schreiben: MdP = Mitglied des Prekariats. Das bekommt immer mehr Zulauf! – Da arbeitet jede Menge Leute

den ganzen Tag – für ‚n Appel und en Ei“.

Viele Arbeiterinnen und Arbeiter können für den Hungerlohn, die sie bekommen, ihre Familien nicht ernähren und müssen ergänzende Sozialhilfe in Anspruch nehmen. So enthüllt sich das Prekariat als eine echte Schweinerei! Leiharbeiter/innen gehören oft (nicht in allen Betrieben – es gibt auch noch die sozialen Unternehmer/innen!) zur neuen Unterschicht: moderne Sklavinnen und Sklaven. Ganz zu schweigen von den jungen Frauen aus Osteuropa, die eine Arbeitsstelle im Westen angeboten kriegen, welche sich dann als „Zwangsarbeit“ in westdeutschen Bordellen entpuppt: Sklavenhandel von heute.

Wissen Sie was? Machen Sie mit im Bündnis für Menschenwürde und Arbeit. Da kämpfen wir gemeinsam mit vielen „Menschen guten Willens“ (Weihnachtsbotschaft im Lukas-Evangelium) gegen das Prekariat: für unser Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Edmund Erlemann

Vor genau 40 Jahren

Im Jahr 1971, begann die „Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland“.

Stolz waren viele von den Christinnen und Christen auf ihre Kirche: die hatte Visionen für eine gerechte Zukunft der Menschen und für eine Kirche, die eine Kirche für alle ist, besonders für die Kleinen Leute. 18 Beschlüsse hat die Synode in parlamentarischer Form behandelt und 6 Arbeitspapiere veröffentlicht. Das 2. Vatikanische Konzil sollte für die deutschen Verhältnisse umgesetzt und verwirklicht werden.

Wichtige Themen: „Unsere Hoffnung“, „Der ausländische Arbeitnehmer...“, „Ziele und Aufgaben kirchlicher Jugendarbeit“, „Der Religionsunterricht in der Schule“, „Christlich gelebte Ehe und Familie“ und natürlich der Beschluss, dem unser Bündnis für Menschenwürde und Arbeit seine „Exi-

stenz“ verdankt: „Kirche und Arbeiterschaft“. So hieß auch der Pastorale Schwerpunkt zuerst der Region Mönchengladbach, danach (1980 – 2006) des Bistums Aachen.

Eine Weiterentwicklung dieses Schwerpunktes über die kirchlichen Grenzen hinaus ist unser Bündnis. Das Bistum unterstützt uns dabei. Es gibt auch Querverbindungen zur neuen Bischöflichen Kommission „Kirche und Arbeiterschaft“.

Bis 1975 tagte die Gemeinsame Synode. In unserer Zeit des kirchlichen Zentralismus, der Infragestellung und sogar Zurücknahme wichtiger Entscheidungen des II. Vatikanischen Konzils (1962–1965) und eines neuen Konservatismus ist es gut an eine Zeit zu erinnern, in der Frauen und Männer ohne kirchliches Amt, Ordensleute, Priester (Diakone gab es noch nicht) und Bischöfe gemein-

sam die Weichen gestellt haben für eine Zukunft der Kirche, die sich entschieden am Evangelium von der Befreiung der Menschen ausrichtet. „Eine kirchliche Gemeinschaft in der Nachfolge Jesu hat es hinzunehmen, wenn sie von den ‚Klugen und Mächtigen‘

Die Kirche kann es sich nicht leisten, von den Armen und Kleinen verachtet zu werden

(1. Korintherbrief) verachtet wird. Aber sie kann es sich ... nicht leisten, von den ‚Armen und Kleinen‘ verachtet zu werden...“ (Beschluss „Unsere Hoffnung“).

Mit dieser Spiritualität ist unser Bündnis gut aufgestellt, mit vielen Gruppen in unserer Gesellschaft zusammen zu arbeiten: „Für das Leben der Welt“ (Leitwort des Katholikentages 1974 in Mönchengladbach).

Edmund Erlemann, Vorsitzender der Sachkommission III der Gemeinsamen Synode (Christliche Diakonie) a.D.

Wirtschaft im Aufschwung – Arbeitsmarkt in Schiefelage

Fragen an Klaus Brandner MdB

Frage: Der bisherige Rückgang der Arbeitslosigkeit auf knapp 3,1 Millionen Erwerbslose im April ist vor allem dem Wirtschaftsaufschwung zu verdanken. Wie ist Ihre Einschätzung zur weiteren Entwicklung der Arbeitslosigkeit?

Antwort: Die Arbeitslosigkeit wird nur bei einer nachhaltigen Fortführung des Wirtschaftsaufschwungs zurückgehen können. Das heißt, dass gerade während der Aufschwungsphase für eine genügende Qualifizierung der Belegschaften einerseits und von Arbeitslosen als neue Mitarbeiter andererseits gesorgt wird. Nur so kann die bereits jetzt drohende Fachkräftelücke nicht entstehen.

Ein weiteres Standbein eines anhaltenden Wirtschaftswachstums ist eine starke Binnen- nachfrage. Hier sehe ich in Deutschland noch einigen Nachholbedarf.

Frage: Arbeitsmarktexperten befürchten, dass sich die Zahl der Normalarbeitsverhältnisse nur unterproportional entwickeln wird, während die Beschäftigung im Niedriglohnbereich weiter ansteigt. Wie kann eine solche Entwicklung mit ihren negativen Folgen (z.B. Hungerlöhne, Altersarmut) für die betroffenen Beschäftigten gestoppt und dem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis wieder stärker Geltung verschafft werden?

Antwort: Wir brauchen eine neue Ordnung des Arbeitsmarktes. Sachgrundlosen Befristungen, dem Missbrauch von Leiharbeit und ähnlichen Fehlentwicklungen muss dringend gesetzlich Einhalt geboten werden.

Die Zukunft gehört der „Guten Arbeit“. Darunter verstehe ich Arbeit, von der man leben kann, die rechtlich abgesichert ist und Mitbestimmung ermöglicht. Für gute Arbeit ist nicht nur berufliche Weiterbildung, sondern auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Regel. Darüber hinaus muss gute Arbeit alters- und alternsgerecht gestaltet sein – und sie darf nicht krank machen.

Frage: Wirtschaftliches Wachstum allein wird die angestrebte Vollbeschäftigung (Arbeitslosenquote von etwa drei Prozent) in absehbarer Zeit nicht herbeiführen können. Wie müsste vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und eines sich abzeichnenden Fachkräftemangels die Rolle der Arbeitsmarktpolitik definiert und gestärkt werden?

Antwort: Um den negativen Folgen der demographischen Entwicklung entgegenzuwirken, müssen die Investitionen in Bildung und Ausbildung erheblich verstärkt werden. Dazu

gehört eine kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Hochschulabschluss. Dazu gehören aber auch flankierende Maßnahmen, damit beim Übergang von der Schule in den Beruf kein Jugendlicher in die Arbeitslosigkeit entlassen wird. Wir können es uns nicht erlauben, dass diese jungen



Klaus Brandner ist Bundestagsabgeordneter und war Parlamentarischer Staatssekretär.

Menschen am Wegesrand stehen gelassen werden. Jungen Menschen ohne Berufsabschluss muss durch staatliche Förderung eine zweite Chance gegeben werden, damit sie den Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt gerecht werden.

Frage: Die sogenannten Problemgruppen am Arbeitsmarkt und hier insbesondere die unerträglich hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen werden in absehbarer Zeit kaum eine Chance haben, auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Müsste nicht für Menschen mit Vermittlungshemmnissen – über eine verstärkte berufliche Qualifizierung hinaus – ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor („sozialer Arbeitsmarkt“) zügig und flächendeckend entwickelt werden?

Antwort: Genau deshalb hatte ich im Jahr 2007 die *JobPerspektive* ins Leben gerufen. Diese stellt einen Paradigmenwechsel der Arbeitsmarktförderung dar. Menschen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen brauchen eine dauerhafte Förderung, sowohl im finanziellen wie auch im Qualifizierungsbereich, um ihre vorhandenen Potenziale zu ent-

wickeln und zu nutzen. Denn ein 55-jähriger Langzeitarbeitsloser ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder mit einer chronischen Krankheit hat kaum eine Chance auf Vermittlung in eine ungeforderte Beschäftigung.

In diesen Fällen hilft auch ein kräftiger Konjunkturaufschwung wenig. Dazu ist die Personengruppe zu groß, und auch Individuallösungen reichen hier nicht aus. Diesen Menschen eine Perspektive und eine neue Chance zur Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft zu geben, war die Grundidee der *JobPerspektive*. Für diese Idee trete ich noch immer vehement ein.

Frage: Im Niedriglohnsektor arbeiten rund 6,5 Millionen Menschen – Tendenz steigend. Die Subventionen an Betriebe zur Aufstockung von Niedriglöhnen belaufen sich auf rund zehn Milliarden Euro jährlich. Wann endlich wird die Bundesregierung – dem Beispiel von 20 EU-Mitgliedstaaten folgend – einen gesetzlichen Mindestlohn verfügen?

Antwort: Der 1. Mai 2011 wäre eine gute Gelegenheit gewesen, den längst überfälligen, flächendeckenden, existenzsichernden Mindestlohn einzuführen. Das wäre auch ein Beitrag, die Würde der Arbeit wiederherzustellen, der Altersarmut vorzubeugen und der langfristigen Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme entgegenzuwirken. Leider sieht es bisher nicht so aus, als würde durch diese Bundesregierung in näherer Zukunft diese längst überfällige Entscheidung getroffen.

Frage: Prekäre Beschäftigung in all ihren sozial schädlichen Erscheinungsformen hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Nur noch 60 Prozent der Erwerbstätigen verfügen über eine unbefristete Vollzeitstelle. Was meinen Sie: Wie können wir der Arbeit ihren Wert und ihre Würde zurückgeben?

Antwort: Weitsichtige Arbeitgeber setzen schon heute auf gute Arbeit. Denn sie wissen, dass nur motivierte und sich ihrem Unternehmen verbundene Mitarbeiter die innovativen Qualitätsprodukte entwickeln und herstellen können, die für die wirtschaftliche Stärke unseres Landes so wichtig sind. Einen internationalen Wettlauf um die niedrigsten Preise und Löhne können und wollen wir hingegen nicht gewinnen.

Darüber hinaus sind gesetzliche Aktivitäten zur Stärkung der Tarifautonomie und eine Wiederbelebung der Initiative „Für eine neue Qualität der Arbeit“ dringend geboten.

Einen internationalen Wettlauf um die niedrigsten Preise und Löhne können und wollen wir nicht gewinnen.

Die Zukunft gehört der „Guten Arbeit“.

Pflegemissstand

In Würde und Geborgenheit alt werden



In einem zentralen gesellschaftlichen Punkt, der Pflege kranker und alter Menschen liegt vieles im Argen. In den letzten 10 Jahren wurden hier 70.000 Stellen abgebaut.

Viele Angehörige wissen darüber aus dem Krankenhaus zu berichten: Füttern, Anhalten zum Trinken, Lagern, Medikamentengabe kosten viel Zeit und damit Geld. In den Pflegeheimen sind die Kosten explodiert, ohne wirkliche Verbesserung für Bewohner und

Pflegende. Stattdessen wuchern die sogenannten Qualitätskontrollen und Dokumentationen ins Uferlose. Der Dienst am Menschen wird zur Ware; in der Pflege wird viel Geld verdient bei Investoren und Verbänden, nicht etwa auf Seiten der Angestellten.

Zum Vergleich: nach langem Ringen erhält ein Hartz IV-Empfänger 5 bis 8 Euro pro Monat mehr, ein an Demenz erkrankter alter Mensch zuhause 200 Euro allein für Betreuung. Ein Pflegeheimplatz kostet in Pflegestufe III um 4.200 Euro im Monat, darin allein über 500 Euro Investitionskosten – Summen, die einem bei einer Durchschnittsrente von etwa 1300 Euro und steigendem Pflegebedarf in der Bevölkerung absurd vorkommen müssen.

Wie sieht es bei den Menschen aus, die täglich die Pflege leisten? Hier gibt es kaum noch sichere, langfristige (Vollzeit-) Arbeitsplätze. Das klingt paradox angesichts des angeblichen Fachkräftemangels. Doch die Politik hat das Angebot geschaffen: Leiharbeiter, 1 Euro-Jobber, 400 Euro-Kräfte, Praktikanten: so lässt sich Geld sparen. Viele der gelernten Pflegekräfte sind oder werden durch den enormen Zeitdruck und Dokumentationszwang, der wichtiger ist als die Arbeit am Menschen, seelisch oder körperlich krank.

Bitte unterstützen Sie diese Forderungen:

- 1.) eine unabhängige und kompetente Prüf- und Beschwerdeinstitution bei fairen und neuen Prüfkriterien für die Heime (mehrere Gerichte haben bereits die Unrechtmäßigkeit der bisherigen Prüfpraxis und Benotung festgestellt)
- 2.) eine generationengerechte Finanzierung der Pflege, die auch noch Geld für künftige Generationen lässt
- 3.) gesunde und gerechte Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte, damit sie auch morgen eine Rente erhalten, von denen sie leben können!

Kontakt: Eddi Erlemann (siehe Impressum)
Frau Dr. Gundula Wimmer: dr.wimmer@t-online.de, Tel. 02161/58 15 84

Prekäre Arbeit – prekäres Leben

Zwei konkrete Fallbeispiele

Prekäre Arbeit hat in den letzten Jahren nach meiner Beobachtung stark zugenommen. Immer mehr Arbeitsverhältnisse sind befristet, das Lohnniveau sinkt trotz Inflation und immer mehr Menschen müssen Transferleistungen zusätzlich beantragen.

Fallbeispiel Nummer 1

Klaus A. (Name geändert) ist 49 Jahre alt, verheiratet und Vater dreier Kinder, im Alter von 12, 14 und 16 Jahre. Das älteste Kind ist schwer behindert.

Herr A. hat nach dem Abitur Musik mit dem Schwerpunkt Geige studiert. Nach erfolgreichem Studium erhielt er eine Anstellung bei einem städtischen Orchester. Dort war er ca. 10 Jahre tätig, infolge Kürzungen von öffentlichen Fördermitteln für das Orchester verlor Herr A. seine Anstellung. Frau A., die Kirchenmusik studiert hat, fand eine Stelle als Chorleiterin und Organistin bei einer katholischen Kirchengemeinde.

Im Laufe der folgenden Jahre wurde ihre Beschäftigung auf mehrere Gemeinden aufgeteilt. Dies führte zu einer zusätzlichen Belastung. Hierdurch und infolge der Behinderung des ältesten Kindes wuchs die Arbeitsbelastung für Frau A. so stark, dass sie schwer erkrankte. Frau A. kündigte ihre Stelle, trotz intensiven Bemühens fand Herr A. keine neue Anstellung und die Familie war gezwungen nach einem Jahr Hartz IV zu beantragen. Die Arge (heute Jobcenter) riet Herrn A. zu einer Aus-

bildung zum Altenpflegehelfer, da diese nur 3 Monate beträgt. Nach Praktikum und Prüfung fand Klaus A. eine auf ein Jahr befristete 75%-Stelle bei der Caritas. Diese Befristung wurde um ein weiteres Jahr verlängert.

Trotz Mangel im Pflegebereich sieht die Caritas keine Möglichkeit Herrn A. eine Vollzeit-Stelle anzubieten.

Familie A. erhält Wohngeld, nach Abzug der Warmmiete bleiben neben dem Kindergeld noch ungefähr 800 Euro monatlich für den Lebensunterhalt von 5 Personen. Wegen des behinderten Kindes ist die Familie zwar von der KFZ-Steuer befreit, aber auch auf ein Auto angewiesen. Häufig reicht das Geld nicht bis zum Monatsende.

Es stimmt einen fassungslos, dass für diesen Menschen kein Arbeitsplatz existieren soll, der ihr ein Auskommen sichert.

|Marlies Conen

Fallbeispiel Nummer 2

Marianne H. (Name geändert), 39 Jahre alt und ledig, hat sich nach Beendigung der Förderschule in der Stadt B. immer wieder um Beschäftigung und Qualifizierung bemüht. Zahlreich sind ihre Lehrgänge und Qualifizierungen im hauswirtschaftlichen Bereich. Zahlreich ihre prekären Arbeitsstellen, die wegen fehlender Qualifizierung schwer zu halten sind.

Mit Mitte dreißig versuchte sie eine Prüfung als staatlich geprüfte Hauswirtschaftlerin bei der Handelskammer abzulegen, scheitert

aber nach eigenen Angaben im Praktischen an ihrer Schüchternheit und im theoretischen an der Mathematikschwäche. Sie besteht die Prüfungen nicht.

Also lebt sie weiterhin von Leistungen nach SGB II, dem so genannten Hartz VI und geht jeden Tag von 5:30 morgens bis 7:30 morgens in einer Arztpraxis sauber machen. Einen Teil dieses Lohns darf sie als Eigenbehalt für sich verwenden, insgesamt 160 Euro. Obwohl sie

diese Tätigkeit schon seit sieben Monaten ausübt – als sogenannten 400 Euro-Job – hat sie immer noch keinen Arbeitsvertrag erhalten, trotz stetiger Nachfrage ihrerseits. Keiner hat in der Arztpraxis Zeit für ihr Anliegen. Ohne Arbeitsvertrag aber lebt Marianne H. in der ste-

tigen Angst, den Ansprüchen nicht zu genügen und entlassen zu werden. Trotzdem lässt sich Frau H. nicht entmutigen. Sie bewirbt sich permanent bei Altenheimen, Krankenhäusern, Großküchen – immer ohne Erfolg. Ohne PKW kann Sie einige Arbeitsstellen nicht zu jeder erforderlichen Zeit erreichen. Aber auf Grund einer starken Sehschwäche kann sie keinen Führerschein machen.

Ich kenne Marianne H. seit einem halben Jahr und habe sie als verlässlichen und lebensstüchtigen, praktisch orientierten Menschen erlebt: Eine Frau – ein Wort. Es stimmt einen fassungslos, dass für diesen Menschen kein Arbeitsplatz existieren soll, der ihr ein Auskommen sichern kann. Sie ist geradlinig, fleißig und zäh. Was ist mit dieser Gesellschaft los?

|Christiane Kreber

kurz gesagt:**Kirche und Arbeiterschaft.
Eine politische Zugfahrt**

Die Bischöfliche Kommission „Kirche und Arbeiterschaft“ möchte die eigene Positionierung zum Mindestlohn, zum öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und zum Grundeinkommen in die Debatte um eine gerechte Gesellschaft einbringen und lädt ein zur Dialogveranstaltung:

**Gute Fahrt mit öffentlich geförderter
Beschäftigung – Eine besondere
politische Reise auf dem „Schluff“**

Fr 27. 5. 2011, 17 h
Krefeld, Nordbhf.

Oranierring 91.

„Fahrkarten“ Tel. 0241/452-382

rita.huepgens@bistum-aachen.de

**Der Draht zum Bündnisrat**

Eddi Erlemann 02161/567 07 77
e.erlemann@online.de

Markus Lange 02159/81 75 75

mail@steuerberatung-lange.com

Hartmut Wellssow 02161/66 65 24

wellssow.bartrina@online.de

Heinz Backes 0241/45 24 75

heinz.backes@bistum-aachen.de

Johannes Eschweiler 0171/953 25 65

johannes.eschweiler@stiftung-volksverein.de

Alex Micha 02161/58 13 99

Robert Manstetten 0241/132 05

r-d@manstetten.com

Mitglied im Bündnis werden?

**Sehr einfach: Beitrittserklärung bitte an die
Adresse des Bündnisses senden.**

Beitrag: 1 Euro pro Monat für Einzelpersonen, 10 Euro pro Monat für Verbände, Organisationen und Gruppen. Bareinzahlung im Volksvereinshaus möglich.

Impressum

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit

Wolfgang Fels, Tel. 02161/948 90 83

Kirchplatz 11, 41061 Mönchengladbach

www.menschenwuerde-und-arbeit.de

buer0@menschenwuerde-und-arbeit.de

Bankverbindung:

Förderverein Stiftung Volksverein MG

Sparkasse Mönchengladbach

(BLZ 310 500 00) Konto: 318 08 25

Verwendungszweck: Bündnis

Sozialbündnis Krefeld**Ein neues Bündnis in unserer Region stellt sich vor**

Die gesellschaftliche Situation in Deutschland ist seit einigen Jahren gekennzeichnet von starken sozialen Verwerfungen. Sie zeigen sich an so unerträglichen Auswüchsen wie:

- Kinderarmut (jedes 4. Kind)
- Lohndumping (20% Niedriglohnsektor)
- Entrechtung Erwerbsloser (Hartz IV)
- Altersarmut
- Arbeiten bis zum Umfallen und Rentenkürzung (Rente mit 67)
- Bildungsnotstand
- Zwei-Klassen-Medizin
- Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten

Armut und Reichtum sind zwei Seiten einer Medaille, der Reichtum weniger wird erst möglich durch die Armut vieler. Armut zu beseitigen ist daher eine Frage der Gerechtigkeit. Jedoch nimmt der Staat seine Aufgabe, eine Verteilungsgerechtigkeit herzustellen, schon lange nicht mehr wahr.

Vielmehr wird eine Umverteilung von unten nach oben betrieben, entsprechend der neoliberalen Politik. Auch im Krisenjahr 2009 sind die Vermögen der Reichen um 11 % gewachsen. Die Absicht, 30 Milliarden Euro im Sozialhaushalt zu sparen, während die Vermögenden ungeschoren bleiben, wird diese Entwicklung verstärken. Dagegen wehren wir uns.

Wir verlangen eine Politik, die

- der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist
- einen Schwerpunkt auf die Beseitigung von Armut legt
- starken Schultern mehr auferlegt als schwachen
- Bildung und Gesundheit unabhängig von der Einkommenslage garantiert
- Dumpinglöhne verhindert
- das solidarische Rentensystem erhält anstatt die Lebensarbeitszeit zu verlängern



Viele Menschen setzen sich seit Jahren mit ihren Organisationen für eine solche Politik ein. Verbessert hat das wenig. Die BündnispartnerInnen des Sozialbündnis Krefeld sind deshalb überzeugt, dass sich die negative Entwicklung der letzten Jahre nur durch eine gemeinsame Gegenwehr aufhalten lässt. Bei aller Unterschiedlichkeit werden wir uns gegenseitig respektieren und den Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit gemeinsam und solidarisch gestalten – gewaltlos, aber konsequent. Aus den unterschiedlichen Problemen und unseren unterschiedlichen Ansätzen ergeben sich verschiedenen Aktionsformen. Wir haben alle ein gemeinsames Ziel, das wir nicht nur mit gemeinsamen Aktionen, sondern auch auf unterschiedlichen Wegen erreichen wollen. Diese Wege sind zum Beispiel die Aktivierung der Betroffenen, entsprechende aufbereitete Informationen, aktive Teilnahme an Infoständen, Demonstrationen und Mahnwachen, wenn erforderlich auch ziviler Ungehorsam.

Wir sind den Werten der Aufklärung und sozialen Gerechtigkeit verpflichtet, das schließt Nazis vom Bündnis aus.

**Gemeinsam und solidarisch
für ein soziales Krefeld.**

- Alt-Katholische Kirchengemeinde • Anstoss e.V. • Arbeitskreis Dritte Welt e.V. • attac Krefeld • Bündnis90/Die Grünen Kreisverband Krefeld • Bürgerinitiative/Die Grünen um St. Josef • Cityseelsorge • DIE LINKE. Krefeld • DGB Krefeld • DKP Linker Niederrhein • Emmaus Gemeinschaft Krefeld e.V. • Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Krefeld-Neuss • IG Metall Krefeld • Katholische Arbeitnehmerbewegung mittlerer Niederrhein • ökumenisches Arbeitslosenzentrum Krefeld-Meerbusch e.V. • RABE Krefeld • Schulterchluss-Niederrhein • ver.di Bezirk Linker Niederrhein • und Einzelpersonen

www.sozialbueundnis-krefeld.de

Kontakt: Ulrich Knur, Tel.: 02151/30 00 14

kontakt@sozialbueundnis-krefeld.de

Treffen jeden ersten Mittwoch im Monat, 18 Uhr im Arbeitslosenzentrum, Westwall 32

**Tag der Offenen Tür im Volksverein
am Sonntag, 29. Mai, 11 bis 18 Uhr**

Anlässlich der Kampagne „Spuren legen für eine gerechte Gesellschaft“ lädt der Volksverein herzlich ein zur Offenen Tür auf dem Gelände der Betriebsstätte in Mönchengladbach, Geistenbecker Str. 107.

Dort steigt ein Rapsblütenfest mit buntem Programm. Neben der Produktion des vielfach prämierten Rapsöls werden sich auch

die anderen Arbeitsbereiche der Holzwerkstatt und des Secondhand-Verkaufs vorstellen. Das „Spiel des Lebens“ vom TaK-Team, ein Kinderprogramm, die „Show-Trompeten-Odenkirchen“ sowie verschiedene Spiel und Spaßangebote für Kinder runden das Angebot ab. Für Essen und Trinken ist bestens gesorgt.

|Hermann-Josef Kronen

